

V2-Ä1 Für eine moderne und umfassende Gewaltprävention in Schleswig-Holstein

Antragsteller*in: Jan Kürschner (KV Kiel)

Änderungsantrag zu V2

Von Zeile 5 bis 8:

Wir wollen das sozialpsychiatrische Hilfeangebot in Schleswig-Holstein erweitern und ausbauen. WirSpeziell wollen eine Ambulanz zur Gewaltprävention flächendeckend in ganz Schleswig-Holstein schaffen, die aufsuchend arbeitet. Dadurch wird eine Lücke im Versorgungssystem geschlossen. Im Zuge dessen wollen wir:

- Ein niedrigschwelliges, freiwilliges, ambulantes, offensives Hilfeangebot für Menschen mit einem erhöhten selbst- oder fremdgefährdenden Gewaltrisiko
- Ein wirksames sozialpädagogisches und psychotherapeutisches Einzelfallmanagement und gruppentherapeutische Angebote
- Eine Betreuung zu Hause oder in den Räumlichkeiten der Präventionsambulanz
- Eine engmaschige Verzahnung aller beteiligter Akteur:innen
- Zeitnahe Behandlungsangebote
- Fortlaufende Evaluation der bestehenden Hilfeangebote
- Eine entstigmatisierende und enttabuisierende Aufklärungskampagne zum Umgang mit Menschen mit psychischen Erkrankungen

Begründung

„Die beste Kriminalpolitik ist und bleibt eine gute Sozialpolitik“ – so alt dieser Gedanke von Franz von Liszt ist, so hoch aktuell und richtig ist und bleibt er.

Psychische Erkrankungen steigen in Deutschlands Bevölkerung mehr und mehr. Eine psychische Erkrankung kann jeden von uns treffen, ob jung oder alt. Die Zahl derer, die wegen psychischer Erkrankung Hilfe suchen, nimmt stetig zu. Der zunehmend weniger tabuisierte und stigmatisierte Umgang mit psychischen Erkrankungen in unserer Gesellschaft mag dazu beitragen, dass mehr Menschen Hilfe suchen und ihre Erkrankung als solche auch wahrnehmen, adressieren und behandeln lassen. Eine schizophrene Erkrankung kommt kulturunabhängig und länderübergreifend bei etwa 1% der Bevölkerung vor. Das wären in Schleswig-Holstein fast 30.000 Menschen.

Bündnis'90/Die Grünen haben sich stets für die Enttabuisierung psychischer Erkrankungen eingesetzt. Als moderne Gesellschaft müssen wir uns mit dem Thema der psychischen Erkrankungen immer und aktuell beschäftigen.

Zwar ist empirisch vielfach belegt, dass psychisch erkrankte Menschen nicht häufiger zu Gewalttätigkeiten neigen als psychisch Gesunde. Dennoch sind uns Vorfälle von Gewaltausbrüchen psychisch erkrankter Menschen sehr präsent.

In diesem Zusammenhang haben wir bisher viele und gute Angebote in der forensischen Nachsorge, die Leuten helfen, nicht erneut zu Tätern zu werden. Doch um Personen, die ein selbst- oder fremdgefährdendes Gewaltrisiko haben, wird sich im Vorfeld von Gewalttaten noch nicht ausreichend gekümmert. Das ist aktuell Aufgabe der sozialpsychiatrischen Dienste der Gesundheitsämter, die für diese Aufgabe aber nicht ausreichend gut aufgestellt wirken.

Das Hilfeangebot soll in Form von multidisziplinären Teams mit forensischer Erfahrung aus Psychiatrie, Psychologie, sozialer Arbeit und Pflege in Form von Ambulanzen, auch mit Hilfeangeboten die Patient:innen frühzeitig erreichen, dabei selbständig aufsuchen und gewaltpräventive Hilfsangebote in Form von Aufklärung, sensibilisierenden Gruppentrainings und Einzeltherapien bieten und bestenfalls Therapieangebote vorhalten, die den betroffenen Menschen in seinem Alltag und Umfeld belässt, aber auch Hilfen bei sozialen Problemstellungen bieten.

Unterstützer*innen

Maren Utesch (KV Kiel); Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Lasse Petersdotter (KV Kiel); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Ulrike Täck (KV Segeberg); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Sotiria Luedtke (KV Lübeck)